

OLEV LIIVIK: *Eestimaa Kommunistliku Partei Keskkomitee aparaat* [Der Apparat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Estlands]. Verlag Tartu Ülikooli Kirjastus. Tartu 2006. 209 S. ISBN 9949112516.

Was die Aufarbeitung des Stalinismus anbetrifft, ist die estnische Geschichtswissenschaft noch mit Grundlagenarbeit beschäftigt. Wo in der westlichen Historiographie im letzten Jahrzehnt Auseinandersetzungen um methodische Zugänge dominiert haben, und besonders die Frage in den Mittelpunkt rückte, wie Stalinismus „als eine Lebensform“<sup>1</sup> aufgefasst und in persönlichen Netzwerken praktiziert wurde, hat man sich hier bislang besonders um die Erfassung der formalen Eckdaten bemüht. Dieser Umstand kann den estnischen Kolleginnen und Kollegen nicht vorgeworfen werden. Noch bis vor wenigen Jahren existierte nicht einmal eine systematische Personalliste des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Estlands (KPE), ganz zu schweigen von detaillierten Karrierebiographien. Die Zusammenstellung dieser Angaben durch eine Arbeitsgruppe um den Historiker Enn Tarvel, die im Jahr 2002 als umfangreiches Handbuch erschien, war in dieser Hinsicht ein Meilenstein für die Erforschung der KPE und die Geschichte des Sowjetsystems in Estland insgesamt.<sup>2</sup> In zunehmendem Maße sind die Grundlagen gelegt, neben der Feststellung basaler Fakten auch zu interpretativen Ansätzen vorzudringen.

Olev Liivik hat im Anschluss an seine Mitarbeit in Tarvels Arbeitsgruppe einen Teilbereich der EKP-Kadergeschichte im Rahmen einer Magisterarbeit erforscht. Diese liegt nun als eigenständige Publikation vor. Liivik behandelt darin für den Zeitraum 1945–1953 den Apparat des Zentralkomitees (ZK) der KPE, also jene Funktionäre, die als bezahlte Angestellte des ZK dessen praktische alltägliche Arbeit verrichteten. Es ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, dass es sich dabei um eine Grundlagenarbeit handelt, die in erster Linie auf Archivquellen basiert, besonders den ZK-Protokollen der KPE, den Personalakten der Angehörigen der ZK-Nomenklatur sowie allgemeinen statistischen Angaben. Die Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur spielt dagegen eine eher untergeordnete Rolle.

Im ersten Teil des Buches, das die allgemeine Struktur und die quantitative Entwicklung der Kader des ZK-Apparats behandelt, geht Liivik noch wenig über das Überblickswerk von 2002 hinaus. Ein historischer Überblick über das Entstehen der Nomenklatur führt allgemein in das

<sup>1</sup> Vgl. *Stalinism as a Way of Life. A Narrative in Documents*, hrsg. von LEWIS SIEGELBAUM und ANDREI SOKOLOV, Frankfurt/Main u. New York 2000.

<sup>2</sup> *Eestimaa Kommunistliku Partei Keskkomitee organisatsiooniline struktuur 1940–1991* [Die organisatorische Struktur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Estlands 1940–1991], hrsg. von ENN TARVEL, Tallinn 2002.

Thema ein, während die formale organisatorische Entwicklung des ZK-Apparats in Estland detailliert und gewissenhaft nachgezeichnet wird. Schon an dieser Stelle wird allerdings deutlich, was für das ganze Buch gilt: Liivik geht bei seinen Bemühungen um eine handbuchartige Darstellung der Fakten ein wenig der Blick dafür verloren, was mit ihnen eigentlich gezeigt werden soll. So böte sich gerade das estnische Beispiel dafür an, Spezifika in der Kaderpolitik jener Länder darzustellen, die erst in den vierziger Jahren in die Sowjetunion inkorporiert wurden. Das Fehlen solch einer die konkreten Tatsachen abstrahierenden Fragestellung zeigt sich auch darin, dass der Autor auf resümierende Zwischenzusammenfassungen völlig verzichtet hat.

Dies ist besonders für den zweiten Abschnitt über die „Gesamtcharakterisierung des Kaders des Apparats der KPE“ zu bedauern, der viele Anknüpfungspunkte für Fragestellungen geboten hätte, welche die Stalinismusforschung auch jenseits von Estland umtreibt. Bei der Behandlung der nationalen Charakteristik wird dies überdeutlich. Mit Recht weist Liivik darauf hin, dass die Unterscheidung in ortsansässige „lokale Esten“ und aus den alten Sowjetrepubliken hinzugezogene „UdSSR-Esten“ kaum befriedigend ist. Denn auf der einen Seite gab es auch in den alten Republiken der UdSSR Esten, die in Estland aufgewachsen waren, aber schon vor dem Krieg ihr Heimatland verlassen hatten und über eine sowjetische Staatsbürgerschaft verfügten. Auf der anderen Seite aber lebten auch in der Estnischen Republik solche Esten, die in Russland geboren waren. Dass sich eine solche Differenzierung in den Parteiakten selten wiederfindet, macht ihre systematische Anwendung schwierig – in den Kaderakten der KPE wurde nicht einmal eine Unterscheidung zwischen lokalen und UdSSR-Esten gemacht, Este war im essenzialistischen Nationalitätsverständnis der Bol'seviki, wer estnische Vorfahren hatte. Dennoch hätten diese feinen Unterschiede stärker thematisiert werden und die Quellen mehr gegen den Strich gelesen werden können. So stellt Liivik etwa fest, dass zwar die Gesamtzahl der Esten im ZK-Apparat der Nachkriegszeit etwa jener der Nichtesten entsprach, in den mittleren Führungspositionen aber Nichtesten dominierten, während den Großteil der Sekretäre wiederum Esten stellten. Ein kurzer Blick in die Biographien dieser Sekretäre zeigt allerdings, dass sie in vielen Fällen in Estland geboren, aber in der Sowjetunion sozialisiert worden waren. Das offenbare Interesse der Sowjetführung, mit den estnischen ZK-Sekretären eine Parteilite einzusetzen, die zwar nominell als „national“ gelten konnte, tatsächlich aber nur noch wenig Verbindung zu ihrem Geburtsland hatte, lässt sich nur im größeren Rahmen sowjetischer Nationalitätenpolitik interpretieren. Solche Kontexte interessieren Liivik indessen wenig. Auch Berijas neue Kaderpolitik, die ein wesentlicher Grund dafür war, dass der estnische Anteil im Apparat schon ab 1952, und nicht erst nach Stalins Tod, wieder stark anstieg, wird

nur beiläufig mit einem Verweis auf Tõnu Tannbergs entsprechende Forschungen abgehandelt.<sup>3</sup>

Liiviks Arbeit übt sich auch im Folgenden mehr in kleinteiliger Quellenkritik als in einer Interpretation der Funde. So wird detailliert auseinandergesetzt, wie sich formale Bildungskategorien im Laufe der Zeit änderten, etwa als ein Abschluss der Marchlewski-Hochschule für nationale Minderheiten des Westens, die einige estnische Spitzenfunktionäre durchlaufen hatten, zum Jahr 1950 nicht mehr als Partei-Hochschulbildung anerkannt wurde. Liivik hat dabei jedoch lediglich die Konsequenzen in Auge, die dies für die Bildungsstatistik hatte, nicht jedoch den größeren Kontext eines Staates, in dem nationale Minderheiten zunehmend kriminalisiert und zu „bürgerlichen Nationalisten“ erklärt wurden. Auch dass sich der Bildungsgrad im Apparat des ZK in dieser Zeit auch nach sowjetischen Maßstäben insgesamt verringerte, ist ein wichtiger Befund, über deren Konsequenzen man aber gerne mehr erfahren hätte.

Der dritte Großabschnitt der Untersuchung beschäftigt sich mit dem Phänomen des Kaderwechsels. Dieser war im ZK-Apparat besonders in den Jahren 1946, 1951 und 1952 dramatisch. Während Liivik für die unmittelbaren Nachkriegsjahre die Kaderfluktuation im Wesentlichen mit Bemühungen erklärt, die vorhandenen Kader sinnvoller einzusetzen, sorgte 1951/52 besonders die territoriale Verwaltungsreform für die Notwendigkeit großangelegter Umbesetzungen. Auch hier ist Liiviks quellenkritische Kleinarbeit durchaus verdienstvoll. Nicht nur weist er auf eine Reihe kleiner Fehler und Widersprüchlichkeiten im statistischen Material hin. Auch belegt er überzeugend, dass die Kaderwechsel in den frühen fünfziger Jahren kaum als Säuberung des ZK-Apparats gewertet werden können. Denn gerade unter den unteren Parteifunktionären des Apparats gab es eine besonders große Anzahl an Beförderungen; auch sonst überwogen positive Gründe für die Stellenwechsel. Gleichzeitig aber waren die Jahre 1949–1951 auch jene, in denen besonders viele Funktionäre des Apparats den Hut nehmen mussten, weil sie sich nach der stereotypen Aussage der Kaderakten „kompromittiert“ hatten. Dass diese Entwicklung in eine Zeit fiel, in der die estnische Parteiführung insgesamt unter Beschuss geriet, und eine Reihe von Spitzenfunktionären in einer schauprozessartigen Plenarsitzung im März 1950 ihrer Posten enthoben wurden, muss damit nicht notwendigerweise zusammenhängen. Dass Liivik diese Umstände aber fast vollständig ausblendet, ist schwer begreiflich.

---

<sup>3</sup> TÕNU TANNBERG: „Lubjanka marssal“ Nõukogude impeeriumi äärealasid reformimiseks. I–III [Der „Marschall der Lubjanka“ bei der Reformierung der Peripherie des Imperiums. I–III], in: Tuna 1999, Nr. 3, S. 22–37; Nr. 4, S. 56–71; Tuna 2000, Nr. 1, S. 43–52.

So bleibt Liivik letztlich das Verdienst, das unübersichtliche Gestrüpp der statistischen Angaben über den Parteiapparat des ZK der KPE in gründlicher Kleinarbeit gelichtet zu haben. Da er dabei aber weitgehend dem Zahlenmaterial verhaftet bleibt, werden weiterführende Fragen nicht berührt. Wie wurde Kaderpolitik als Machtinstrument genutzt? Wie beeinflussten ideologische Konzepte über Personal- und Nationalitätenpolitik das Vorgehen? Welche Dynamik lässt sich im Laufe der Nachkriegsjahre feststellen? Solche Fragen werden nicht einmal gestellt. Herausgekommen ist letztlich ein weiteres Nachschlagewerk, das dem Forschenden von großem Nutzen sein wird. Von einer akademischen Qualifikationsarbeit hätte man aber etwas mehr interpretative Spannkraft erwarten können.

DAVID FEEST

*EKP KK büroo istungite regeetid. I kd. 1940–1954* [Die Regesten der Sitzungsprotokolle des Büros des ZK der KPE. Bd. 1. 1940–1954]. Hrsg. von TÖNU TANNBERG. Verlag Eesti Ajalooarhiiv. Tartu 2006. 694 S. ISBN 9789985858493.

Die Besetzung Estlands durch die Rote Armee im Jahr 1940 bedeutete nicht nur den Beginn einer gewaltsamen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie markierte auch einen entschiedenen Eingriff in die Arbeitsweise der Kommunistischen Partei Estlands (KPE). Diese hatte in der Zwischenkriegszeit mehr schlecht als recht als revolutionäre Gruppierung agiert, zumal ihre Mitglieder vom gescheiterten Kommunistenputsch 1925 bis zur Generalamnestie 1938 eher im Tallinner Zentralgefängnis als im politischen Untergrund zu finden gewesen waren. Einer kurzen Zeit der organisatorischen Eigenständigkeit der am 4. Juli 1940 legalisierten KPE folgte dann bereits am 8. Oktober ihre Inkorporation in die KPdSU.

Einen organisatorischen Knotenpunkt dieses Prozesses, an dem Moskauer und Tallinner Politik koordiniert wurden, bildete das Büro des Zentralkomitees (ZK) der KPE. Ihm gehörten neben allen Sekretären des Zentralkomitees der Regierungschef der Unionsrepublik, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, der Sekretär der städtischen Tallinner Parteiorganisation sowie eine Reihe wechselnder Amts- und Funktionsträger an. Dieses Büro, so schreibt Tõnu Tannberg in der Einleitung einer neuen Quellenedition, war „in Vielem wirklich das